



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/89 - 17.4.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 099 890

Um die Stärke der Bundeswehr	S. 1
Umbau der NATO?	S. 3
Schwerer Schlag gegen Flüchtlingsbetriebe - Bericht aus Kiel -	S. 5
Eindrücke am Obelisk von Bergen-Belsen	S. 7
Zur Tode von Carl Schreck	S. 8

Ist die Bundesrepublik gezwungen 500 000 Soldaten aufzustellen?

Dr.B. Der entscheidende Unterschied zwischen dem am 30. August 1954 von der Pariser Nationalversammlung abgelehnten Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und den Pariser Verträgen besteht darin, dass in dieser kein Vertragsstaat verpflichtet ist, Streitkräfte in einer festgesetzten Höhe zu unterhalten.

Die Regelung ist vielmehr eindeutig folgende:

In dem Brüsseler Vertrag (WEU) sind lediglich die Höchststärken festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. Diese Höchststärken ergeben sich aus dem bereits mehrfach in der Presse erwähnten Accord Special, einem, den militärischen Sicherheitsbestimmungen unterliegenden, den zuständigen parlamentarischen Gremien jedoch in den Grundzügen bekannten Sonderabkommen, auf das Artikel 1 des Protokolls II über die Streitkräfte der Westeuropäischen Union Bezug nimmt. Die sich aus diesem Sonderabkommen ergebende Höchststärke beträgt 500 000 Mann. Diese Höchststärke darf von der Bundesrepublik nicht überschritten werden.

Wie aber steht es nun mit den Mindeststärken?

Sie ergeben sich zwar nicht direkt aus dem Wortlaut des Nordatlantikpaktvertrages. Er nimmt überhaupt auf irgendwelche Truppenstärken

gar nicht Bezug. Es dürfte allgemein bekannt sein, dass zum Beispiel Island keine Truppen unterhält. Selbstverständlich würde es aber Treu und Glauben widersprechen, wenn die Bundesrepublik überhaupt keine Streitkräfte oder keine Streitkräfte in einem "angemessenen" Umfang aufstellen würde. Dieser "angemessene" Umfang wird aber nicht vertraglich bindend festgelegt, sondern von Fall zu Fall jährlich vereinbart.

Diese Vereinbarungen kommen durch die NATO-Jahreserhebungen zustande, in dem die zu erzielenden Sollstärken festgelegt werden. Diese Sollstärken werden aber nur für ein Jahr festgelegt. Diese Festsetzungen sind rechtlich nicht verbindlich und haben nur den Charakter von Empfehlungen. Sie fallen aber natürlich sachlich ins Gewicht, da sie nur durch einstimmigen Beschluss aller zur NATO gehörenden Staaten zustande kommen. Da demgemäß eine derartige Empfehlung nur dann entstehen kann, wenn auch die deutsche Bundesregierung zugestimmt hat, würde es Treu und Glauben wohl widersprechen, wenn ohne zwingenden Grund von einer derartigen Empfehlung abgewichen würde.

Es liegt auch eine Empfehlung des NATO-Rates bezüglich der deutschen Truppenstärke vor, die besagt, dass die Bundesrepublik bis Ende 1956 insgesamt 96 000 Mann aufstellen möge. Nun wird viel von einer Dreijahresplanung mit dem Endziel 500 000 Mann gesprochen und es dürfte richtig sein, dass NATO dieses Ziel erreichen will. Hierfür gibt es jedoch weder eine Empfehlung des NATO-Rates, geschweige denn irgendeine rechtliche Verpflichtung. Eine derartige, auf mehrere Jahre sich erstreckende Empfehlung verbietet sich aus politischen und militärischen Gründen. Auf beiden Gebieten ist die Entwicklung im Fluss und es ist schwer zu überschauen, was noch in zwei oder drei Jahren richtig ist.

Der Wechsel im Oberbefehl der NATO deutet darauf hin, dass neue militärische Ideen ihr Recht fordern, die vielleicht ganz andere Truppenstärken als militärisch notwendig erscheinen lassen.

*

*

*

Hintergründe zu Gruenther's Rücktritt

b. v. - Paris

Es ist nun schon etliche Tage her, seit gleichzeitig in Washington und Paris, dem Sitz der Atlantikpakt-Organisation (NATO), der bevorstehende Rücktritt ihres Oberkommandierenden, des amerikanischen General Gruenther, bekannt gegeben wurde. Das Thema ist heute so "aktuell" wie in der vorigen Woche, und alles spricht dafür, dass es Politiker und Militärs noch weiterhin beschäftigen wird... sogar sehr intensiv.

Es ist sehr ungewöhnlich, dass der für Ende dieses Jahres fällige Rücktritt eines Oberkommandierenden so früh verkündet wird, so dass es neugierig, politische Motive für diese Früh-Ankündigung zu suchen. In seiner Pariser Pressekonferenz hatte der sehr beliebte General rein persönliche Gründe für den Rücktritt genannt. Da er aber ein guter Stratege, jedoch ein schlechter Schauspieler ist, konnte er damit seine Zuhörer nicht überzeugen. So entstand die Meinung, der Vorgang hänge mit der neuen Entspannungsoffensive zusammen, deren nächster Akt anlässlich des Londoner Besuches der beiden Moskauer Staatsmänner über die Bühne gehen wird. Mit anderen Worten, es solle angedeutet werden, dass ein Umbau der NATO bevorstehe.

Die frühe Angabe des Rücktrittstermins wäre demnach so zu erklären, dass Washington gewillt ist, seine Absicht anzudeuten, den defensiven Charakter der NATO mehr als bisher zu betonen. Dabei ist freilich zu bedenken, dass angesichts der militärischen Situation etwas anderes auch kaum zu tun wäre: Der überwiegende Teil der französischen NATO-Divisionen wird jetzt in Nordafrika eingesetzt, steht also für die Verteidigung Europas nur zur Verfügung, wenn der Krieg in Afrika beendet ist: England droht damit, Teile seiner heute in Deutschland stationierten Truppen abzuziehen, falls die Bonner Regierung sich weiterhin weigert, Unterhaltsbeiträge zu zahlen; die Bundeswehr steckt erst in den Kinderschuhen. Das alles bedeutet, dass die bisherige NATO-Planung jetzt zur Theorie zu werden droht.

Die USA und die Sowjet-Union scheinen sich aber darin einig zu sein, dass ein etwaiger Abrüstungsplan zwei Gebiete unberücksichtigt lässt, nämlich die Atomwaffen und die ferngeleiteten Geschosse, kurzum alle Waffen, die von Erdtruppen beinahe unabhängig sind. Wenn diese Übereinstimmung weiterhin bestehen bleibt, wäre es nur logisch, dass

an die Spitze der NATO ein Fliegergeneral tritt. Dies umsomehr, als die NATO über Tausende moderner Flugzeuge verfügt und die Planungen über den Einsatz ferngelenkter Geschosse weit fortgeschritten sind. Der "Umbau" der NATO würde demnach, soweit das rein Militärische in Betracht kommt, darin liegen, dass sie aus einer allgemeinen militärischen Organisation zu einem vorwiegend auf den Luftkrieg und damit auf den Atomkrieg eingestellten Verband wird.

Die Lücke im NATO-System

Abgesehen davon scheint jedoch die Auffassung begründet zu sein, dass politische Gedankengänge eine wesentliche Rolle gespielt haben. Sie gehen davon aus, dass auf den Londoner Abrüstungs-Verhandlungen seit Wochen über die Möglichkeit einer allgemeinen Entspannung auf dem Wege über die Abrüstung geredet wurde, dass aber zu derselben Zeit die NATO tatsächlich - wenn auch notgedrungen - "abrüstete". Denn in der Stunde, in der beschlossen wurde, dass Frankreich seine NATO-Divisionen nach Afrika entsenden dürfe, war die NATO erheblich waffenärmer geworden als sie in der Woche zuvor gewesen war. Es gab keine Möglichkeit, die Lücke im Verteidigungsplan durch andere Truppen auszufüllen, und so hatte man, ohne es eigentlich beabsichtigt zu haben, "abgerüstet" oder doch mindestens denselben Effekt erzielt, den eine Abrüstung hervorriefe.

Politisch passt diese indirekte Abrüstung durchaus in das Entspannung-Schema. Sie zeigt, dass "man nicht an einen bevorstehenden Angriff aus dem Osten" glaubt und nicht befürchtet, morgen überfallen zu werden. Als der französische Ministerpräsident Guy Mollet vor wenigen Wochen angab, er habe solche Überfallängste nie gehegt, wurde diese Feststellung allerdings als eine Art Verrat an der Sache des Westens gebrandmarkt. Aber dieser Sturm im Wasserglas ging vorüber, und sehr bald darauf wurde in aller Öffentlichkeit und Offenheit ein Rücktritt angezeigt, der das deutlichste Symptom nicht nur für einen Umbau der NATO sein mag, sondern auch ein Ausdruck der Absicht, die Ost-West-Politik nach weniger strengen Anschauungen zu betreiben als es in den letzten Jahren üblich geworden war.

* * *

Kasernenverdrängte - Problem Nr. 1

mu, Kiel

Über Schleswig-Holstein ist eine Welle von Massenkündigungen hinweggegangen. Etwa 50 Industriebetriebe mit rund 3000 Arbeitsplätzen sollen bis zum 30. Juni die ehemaligen Wehrmachtsgebäude, in denen sie in den letzten Jahren angesiedelt wurden, räumen. Die Kündigungen sind auf Befehl des Bundesverteidigungsministeriums über die Bundesvermögensverwaltung durch die einzelnen Bundesvermögensstellen im Lande ausgesprochen worden. Von der Kündigungswelle sind ferner rund tausend Familien und acht Schulen mit 5000 Schülern sowie zahlreiche Kleingärtner betroffen. Ehemalige Kasernenanlagen in Flensburg-Glücksburg, Kiel-Wik, Kiel-Kronshagen, Itzehoe und Plön bei Kiel, sowie vermutlich auch in Neumünster und Heide, sollen kurzfristig von der Bundeswehr bezogen werden.

Die Kündigungswelle ist völlig überraschend gekommen und hat zu heftigen Reaktionen besonders bei der neu angesiedelten Industrie geführt. Es wird nicht möglich sein, innerhalb von elf Wochen neue Produktionsstätten, Wohnungen und Ersatzschulen zu beschaffen. Das Problem der Kasernenverdrängten ist im Lande zum Thema 1 geworden. Die Abwanderung der Unternehmen droht. Es herrscht Katastrophenstimmung. Man hatte sich die Auftrichtung anders vorgestellt.

Besonders kritisiert wird das Verfahren der Kündigungen. Die Massen kündigungen gingen am Donnerstag vor Ostern ohne irgendwelche Voranmeldungen in Form von hektographierten Rundschreiben heraus. Darin heisst es, dass die Räume am 30.6. besenrein zu übergeben sind. Betriebe, die einmal unter erheblichen Versprechungen und grossen Aufwendungen in das mit Flüchtlingen überfüllte Arbeitslosenland Schleswig-Holstein geholt wurden, sollen jetzt mit dem Hinweis "Die Betriebsräume sind am 30. Juni besenrein zu übergeben" auf die Strasse gesetzt werden.

"Arglistige Täuschung"

Einzelne Unternehmergruppen haben sich bereits zu Notgemeinschaften zusammengeschlossen. Es wird von "arglistiger Täuschung" und "nicht gehaltenen Versprechen" gesprochen. Die Unternehmen erklären, dass weder die Mietverträge gehalten wurden, noch das Versprechen, dass sie die alten Kasernen dann in Erbpacht (99 Jahre) übernehmen dürften, wenn sie erhebliche Um- und Ausbauten vornehmen. Jetzt sind Millionen nötig, um die umgebauten Kasernen wieder für militärische Zwecke herzurichten. In

einem Fall traf das Kündigungsschreiben gerade ein, als Kasernenräume mit Bundesmitteln in Industrieräume verwandelt worden waren.

Heftige Kritik wird an Ministerpräsident von Hassel und Wirtschaftsminister Börnsen (beide CDU) geübt. Von Hassel hatte vor dem Landtag versichert, dass es keine kurzfristigen Kündigungen geben und den Betrieben bei der Neuansiedlung in der Nähe der alten Fabrikationsstätte geholfen werden solle. Das Wirtschaftsministerium verweist auf die Hilfen des Bundesfinanzministeriums und hat erklärt, dass es ausserstande ist, finanziell zu helfen.

Wie die Hilfen des Bundesfinanzministeriums aber aussehen, geht aus den Angaben der einzelnen Betriebe hervor. Wenn die Betriebe neu bauen wollen, müssen sie zuerst alle Kreditmöglichkeiten ausschöpfen und in erheblichem Masse Eigenmittel aufbringen. Das ist in der "Kreditwüste" Schleswig-Holsteins nicht möglich und für junge Betriebe gibt es noch nicht genügend Rücklagen. Falls die Betriebe Baugelder unter zumutbaren Bedingungen auf dem Kapitalmarkt als Spitzenfinanzierung nicht bekommen können, will das Bundesfinanzministerium einspringen. Die Bedingungen sind aber so hart, dass die Betriebe abgelehnt haben. Der Baukredit soll drei Jahre lang mit drei Prozent und dann zu vier Prozent verzinst werden. Die Tilgung muss aber innerhalb von zehn Jahren vorgenommen sein, eine Bedingung, die vollkommen indiskutabel ist.

Das Bundesfinanzministerⁱⁿ hat die Landesregierung in Kiel beschuldigt, auf den rechtzeitigen Hinweis der bevorstehenden Kündigungen nicht reagiert zu haben. Bereits am 16. Februar soll die Landeskanzlei des Ministerpräsidenten in Kiel von den beabsichtigten Massenkündigungen unterrichtet worden sein. Die Landesregierung habe dagegen keinen Einspruch erhoben, was in Bonn als Zustimmung aufgefasst werden musste. Nunmehr bezweifelt die Bundesvermögensverwaltung, dass die ausgesprochenen Kündigungen zurückgenommen werden können. Sie seien ordnungsgemäss erfolgt und die Bundeswehr benötige die Räume.

* * *

Hinter Mauern des Schweigens

von Maria Meyer-Sevenich, M.d. L.

Deutschland ist uralter historischer Raum und viele von uns sind sehr stolz darauf. Man kann hierzulande durch die Jahrtausende unserer Geschichte wandern, ohne auch nur ein einziges Buch aufzuschlagen. Das Geschehen ist in Stein geschrieben; auch das blutige Geschehen. Wieviele Gedenkstätten einer sehr blutigen Vergangenheit sind geradezu Pilgerstätten unseres Volkes - etwa das Hermannsdenkmal. Gehört es nicht für viele Deutsche ein wenig zum Wohlerzogenen, an diesem Sinnbild nationalen deutschen Freiheitswillens nicht achtlos vorüberzugehen? Wenngleich der Cheruskerfürst diese Freiheit vor zweitausend Jahren gegen einen Feind erstritt, dessen hoher Kultur wir die gleiche Bewunderung zollen, wenn wir z.B. in Trier den Wegschildern zur Porta Nigra folgen.

Niemand will den Besucherstrom zum Hermannsdenkmal dämmen. Was uns überhaupt Veranlassung gibt, hiervon zu sprechen, ist die Tatsache, dass eine andere Gedenkstätte in Deutschland keinerlei Beachtung findet, dass sie hinter Mauern des Schweigens verborgen liegt. Es ist jetzt elf Jahre her, da öffneten sich im Konzentrationslager Bergen-Belsen, der Vernichtungsstätte für 30.000 Menschen, die Tore des Grauens für die einrückenden britischen Truppen. Dieses KZ lag 5 km seitab vom Dorf Bergen, das kaum jemand beachtet, der heute auf der Bundesstrasse 3 von Hannover nach Hamburg fährt. Hier, mitten im Gelände des ehemaligen KZ, das inzwischen abgerissen wurde, hat der Bundespräsident vor einigen Jahren eine Gedenkstätte geweiht. Zum Gedenken an die Millionen, die grausam hingerichtet wurden, weil sie nicht Angehörige der "deutschen Herrenrasse" waren, oder weil sie diesen verbrecherischen "Herzentum" Widerstand geleistet hatten. In der Weite der Heide, durch Wald der Sicht von Belsen her entzogen, erhebt sich nun ein schlanker Obelisk; ein hoch zum Himmel erhobener Finger. Und ringsum den Obelisk liegen in Heide und Wald die Massengräber jeweils für 800, für 1.000, für 2.500 unserer Menschenbrüder und -schwestern. 30.000 Tote - stellvertretend für Millionen.

Aber wen mahnt diese gigantische Grabstätte eigentlich? Wem ist sie Pilgerstätte? Nichts auf der Bundesstrasse 3 oder im Umkreis des Dorfes Bergen gibt dem Reisenden Kunde davon. Kein einziges Wegzeichen, nicht der kleinste Hinweis. Wer es nicht weiss, fährt unweigerlich vorbei. Aber sollten wir alle an diese und ähnliche Stätten des Grauens nicht immer wieder treten, damit wir sie nur ja nicht vergessen? Wir, das will besagen: das deutsche Volk in allen seinen Stämmen und Ständen, über alle politischen Meinungsverschiedenheiten hinweg. Zumindest ebenso, wie wir alljährlich den toten Kriegern die Ehre erweisen, indem wir uns an ihren Gedenkstätten versammeln.

Nun, am Sonntag, dem 15. April, dem Tag der Befreiung der Überlebenden des KZ Bergen-Belsen gedachten die Jüdische Gemeinde, Hannover und die Verfolgtenverbände der Opfer des Terrors an dieser Gedenkstätte. Wer nahm an der Feierstunde teil? Eine Handvoll trauernder Überlebender, die sich die Anreise aus allen Teilen der Bundesrepublik hatten leisten können; allenfalls 200 Personen. Dazu eine Landtagsatgebordnete, drei Behördenvertreter, einige Vorstandsmitglieder der Verfolgtenorganisationen und vier diensttuende Polizeibeamte...

* * *

Ein Leben des Kampfes und der Arbeit

G. St. Bielefeld

Im Alter von 83 Jahren starb in Bielefeld der frühere Reichstagsabgeordnete und Nestor der sozialdemokratischen Bewegung, Carl Schreck. Neben Carl Severing war er die profilierteste Persönlichkeit seines Bezirkes aus der Weimarer Zeit, ein echter Sohn des Landes der roten Erde. "Du musst die Erde kennen, willst Du ihn begreifen", sagte der Arbeiterdichter Otto Ziese einmal in Versen über ihn.

Vierschrötig von Gestalt, immer in wetterfester Pelerine und mit einem Schlapphut bekleidet, persönlich anspruchslos, einfach in der Lebensführung, war er die lebendige Verkörperung des westfälischen Menschen. Seine Volkstüchtigkeit kannte keine Grenzen.

Wie ein Freund und Landsmann Carl Severing wuchs auch Schreck recht bald in die gewerkschaftliche und politische Bewegung hinein und mit seinen Aufgaben über die Grenzen seines heimatlichen Bezirks hinaus, ohne je zu verleugnen, wo er echt verwurzelt war. Nicht nur im Reichstag der Weimarer Zeit, wo er oft von der sozialdemokratischen Fraktion als Redner in Kulturfragen und sozialen Debatten herausgestellt wurde, sondern auch in der verfassungsgebenden preussischen Nationalversammlung und im preussischen Staatsrat hatte sein Name den besten Klang, Knapp in der Formulierung, holzschnittartig in der Darstellung, mit einem bereidenswerten Mutterwitz ausgestattet, zählt er zu den besten Rednern der Sozialdemokratie.

Mit vielen Politikern der Weimarer Zeit war er befreundet: Friedrich Ebert schätzte ihn ebenso wie Otto Braun, auch August Bebel und Paul Singer kannten damals den jungen westfälischen Dickschädel noch, der unbeugsam in seinem Willen aber treu und zuverlässig in seiner Haltung war. Sein überragendes Organisationstalent verband ihn vor allem auch mit Otto Wels, dem früheren Vorsitzenden der SPD, dem man ähnliche Eigenschaften wie Schreck nachsagte und dessen Rede zu Hitlers Ermächtigungsgesetz ja unvergessen blieb.

Die Kulturbewegung der Arbeiterschaft verdankt dem dahingeschiedenen Carl Schreck entscheidende Impulse. Im Arbeitersport hatte er eine Resonanz wie nur wenige neben ihm, die Sozialistische Arbeiterjugend lag ihm besonders am Herzen, bei den Naturfreunden spielte er eine maßgebliche Rolle in der Internationale und wenn Bielefeld die Ehre hat, als zweite Ortsgruppe der Freien Volksbühne innerhalb des Reichsgebietes genannt zu werden, so verdankt sie das nicht zuletzt Carl Schreck als einem der maßgebenden Gründer und Förderer. Viele Jugendheime und Naturfreundehäuser, Schulen und Sportstätten ganz Deutschlands wurden von Schreck geweiht, unzählige Reden und Artikel entstammen seinem Geist und seiner Feder. Noch acht Tage vor seinem Tode stand er im Mittelpunkt einer Ehrung anlässlich der Jubelfeier der "Freien Presse", deren Vorgängerin, die "Volkswacht", von ihm im Jahre 1890 bereits aus der Taufe gehoben wurde.

Nun löschte der Tod ein Kämpferleben aus, das in demokratischem Geiste bis in Letzte der sozialistischen Idee diente.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau